

KLAUS JOACHIM GRIGOLEIT

Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage

Jus Publicum

108

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 108



Klaus Joachim Grigoleit

Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage

Eine dogmatische und historische Untersuchung
zum judikativen Anteil an der Staatsleitung

Mohr Siebeck

Klaus Joachim Grigoleit, geb. 1963, 1984–1990 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Freiburg i.Br., 1990–1993 Referendariat in Berlin, seit 1993 zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1996 Promotion, 2002 Habilitation. Seitdem Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

978-3-16-157974-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148367-7

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Meiner Mutter

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 2002/2003 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Habilitationsschrift angenommen. Seither erschienene Literatur wurde zum Teil in den Fußnoten berücksichtigt.

Die Beschäftigung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur „deutschen Frage“ geht auf eine Anregung meines Lehrers, Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis zurück. Ihm möchte ich an dieser Stelle für die stete Förderung, den für den Abschluss der Arbeit erforderlichen Freiraum, insbesondere aber für das jederzeit in mich gesetzte Vertrauen herzlich danken. Herrn Prof. Dr. Michael Kloepfer danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine kritische Anteilnahme, meinen Freunden und Kollegen für konstante Gesprächsbereitschaft und zahlreiche Anregungen: Susanne Baer, Tobias Herbst, Jens Kersten, Ralf Poscher, Robert Rebhahn und Angelika Siehr. Mein Dank gilt schließlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft für den gewährten Druckkostenzuschuss und dem Lektor des Verlags Mohr Siebeck, Herrn Dr. Franz-Peter Gillig, für die unkomplizierte und verlässliche Zusammenarbeit.

Ganz besonderen Anteil am Gelingen der Arbeit haben meine Eltern. Meiner Mutter ist sie auch deshalb gewidmet. Ohne meine Frau wäre die Arbeit wie alles Übrige undenkbar.

Berlin, im Februar 2004

Klaus Joachim Grigoleit

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Einleitung	1
Teil I: Staatsleitung, rechtsprechende Gewalt und Verfassungsgerichtsbarkeit im Grundgesetz	9
§1 Staatsleitung im demokratischen Verfassungsstaat	11
I. Der Begriff der Staatsleitung	11
1. Staatsleitung und Regierung	11
2. Ansätze inhaltlicher Begriffsbestimmung	14
II. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem unter dem Grundgesetz	17
§2 Rechtsprechende Gewalt und Staatsleitung	23
I. Rechtsprechung im Grundgesetz	24
1. Die Richter- und Gerichtsvorbehalte	25
2. Institutionelle Elemente	27
a) Das Richteramt als zentraler Baustein rechtsprechender Gewalt	28
aa) Das Richteramt als republikanisches Staatsamt	28
bb) Profilierung durch die richterliche Unabhängigkeit	32
(1) Die persönliche Unabhängigkeit	32
(2) Die sachliche Unabhängigkeit	33
cc) Der gesetzliche Richter	37
b) Gerichtliches Verfahren und richterliche Passivität	38
3. Zusammenfassung	43
II. Staatsleitung durch judikative Rechtsetzung: Rechtsprechende Gewalt und Gesetzgebung	44

1. Vorgegebenheit und Aufgegebenheit der Rechtsbindung	44
2. Die Direktionskraft des Rechts	46
3. Rechtsbindung und juristischer Diskurs	49
III. Schlussfolgerung: Rechtsprechung als Mittel demokratischer Staatsleitung	53
§3 Verfassungsrechtsprechung als Staatsleitungsfunktion	54
I. Das Bundesverfassungsgericht als der rechtsprechenden Gewalt zugehöriges Gericht	54
II. Das Bundesverfassungsgericht als besonderes Gericht	56
1. Die ausdrückliche Kompetenzzuweisung	56
2. Die Wahl der Verfassungsrichter	60
3. Das Bundesverfassungsgericht in der Notstandsverfassung	62
III. Verfassungsgerichtsbarkeit als besondere Funktion	62
1. Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	64
a) Verfassung als politisches Recht	64
b) Verfassung als Recht für den politischen Prozess	72
c) Der juristische Eigenstand verfassungsgerichtlicher Entscheidungen	76
aa) Die Maßstabslosigkeit verfassungsgerichtlicher Entscheidung ..	77
bb) Das Fehlen heteronomer normativer Stabilisierung	80
(1) Legitimationszusammenhänge der Normpyramide	80
(2) Judikative Hierarchie und diskursive Abstützung	83
(3) Durchsetzung des Rechts auf der Ebene politischer Gewalten	85
2. Verfassungsgerichtsbarkeit und Rechtsordnung	86
a) Der Topos der authentischen Interpretation	87
b) Faktische Suprematie als Wesensmerkmal der Verfassungsgerichtsbarkeit	89
c) Normative Suprematie	93
aa) Auflösung der Normenbindung durch Normenkontrollkompetenz?	94
bb) Gesetzeskraft	97
cc) Bindungswirkungen	99
d) Methodenstreit und Souveränitätsfrage	101
IV. Zwischenergebnis	103

Teil II: Das Bundesverfassungsgericht im politischen Prozess der Bundesrepublik – Staatsleitung und Verfassungsorganstellung	107
§ 4 Das Bundesverfassungsgericht im politischen Prozess	109
I. Das Bundesverfassungsgericht als „Mitregent“	109
II. „Balance of powers“ und Verfassungsrecht	115
§ 5 Bedeutung und Funktion des Begriffs „Verfassungsorgan“ ..	118
I. Der Begriff des Verfassungsorgans als funktionaler Kompaktbegriff zur einfachgesetzlichen Stabilisierung	118
II. Wortlautinterpretation	119
1. Der Organbegriff	119
2. Die Fügung „Verfassungsorgan“	120
III. Verfassungstextorientierte Begrenzung	122
IV. Begriffshistorischer Ansatz	123
1. Die Anknüpfung an die spätkonstitutionelle Staatslehre	123
2. Begriffsursprung bei <i>E. Kaufmann</i>	127
V. Die Verfassung als rahmensetzender Bezugspunkt der Begriffsbildung	128
1. Die „besonderen Organe“ des Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG	129
2. Die „(obersten) Bundesorgane“ in Art. 93, 115a Abs. 4 Satz 1, 115i GG	129
3. Die Anschlussfähigkeit der Kategorie „Verfassungsorgane“	132
VI. Verfassungsorgan als gesetzlicher Funktionsbegriff im demokratischen Prozess	134
1. Verfassungsorgan als Gesetzesbegriff	134
a) Der Begriff im BVerfGG	134
b) Der Begriff im Staatsschutzrecht	135
c) Sonstige Begriffsverwendung	137
d) Folgerungen	138
2. Die zentrale Funktion des Gesetzesbegriffs	138

VII. Die parallele Bedeutung des Begriffs in der Diskussion um den Parteienstatus	143
VIII. Die Gegenprobe: Der Status von Bundesrechnungshof und Bundesbank	148
1. Der Bundesrechnungshof	148
2. Die Bundesbank	151
IX. Möglichkeiten und Grenzen der gesetzlichen Ausgestaltung am Beispiel des §31 Abs.1 BVerfGG	155
X. Zwischenergebnis: Verfassungsorgan als Funktionsbegriff ...	165
Teil III: Das Bundesverfassungsgericht als Akteur im historischen Prozess	167
§6 Der zeithistorische Bestimmungsansatz	169
I. Das Bundesverfassungsgericht aus zeithistorischer Perspektive	169
II. Verfassungsgerichtliche Urteile als Beiträge zum historischen Prozess	174
III. Die Auswahl der Judikate	176
§7 Das Bundesverfassungsgericht und die historische Einordnung der Bundesrepublik: Zwischen Kontinuität und Neuanfang	180
I. Die Frage der staatsrechtlichen Kontinuität	181
II. Das Problem der personellen Anknüpfung	184
1. Die „Problembewältigung“ im politischen Prozess der Verfassungs- und Gesetzgebung	184
2. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum G 131	187
a) Die Kommunalverfassungsbeschwerde der Stadt Offenbach .	187
b) Die Beamtenentscheidung	189
c) Das „Soldatenurteil“	193
d) Der „Gestapo-Beschluss“	195
e) Bewertung	198

III. Das Problem der vermögensrechtlichen Anknüpfung	203
1. Die Frage des Vermögensübergangs	203
a) Verfassungsrechtliche und politische Vorgaben	203
b) Die Waldenfelsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	208
2. Die Haftung für Besatzungs- und Reparationsschäden	217
a) Die Entscheidung zu den Besatzungsschäden	219
b) Die Entscheidung zu den Reparationsschäden	222
3. Bewertung	224
 § 8 Zwischen weststaatlicher Konsolidierung und gesamtstaatlicher Verantwortung	 226
I. Historische Grundlagen	226
II. Die Westintegration vor Gericht	227
1. Petersberger Abkommen	227
a) Der Streit um das Abkommen	227
b) Das Petersberger Abkommen vor dem Bundesverfassungsgericht	228
2. Das Saarstatut	233
a) Historischer Kontext	233
b) Das Saarabkommen vor dem Bundesverfassungsgericht	234
3. Gegengewichte: KPD-Entscheidung und Berlin-Status	241
a) Das KPD-Verbot	241
b) Der Berlin-Status	246
aa) Historischer Kontext	246
bb) Die Berlin-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	249
 § 9 Das Bundesverfassungsgericht und die deutsche Teilung	 255
I. Historischer Rahmen	255
II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	264
1. Bundesverfassungsgericht und Deutschlandpolitik bis zum Grundvertragsurteil	264
a) Die Entscheidung zum Notaufnahmegesetz	264
b) Die Entscheidungen zur deutsch-deutschen Amtshilfe	265
c) Die Entscheidung zum Interzonenhandel	268
2. Das Bundesverfassungsgericht und die neue Ostpolitik	271

a) Der Streit um den Grundvertrag	271
aa) Die Vorfeldentscheidungen	272
(1) Die „erste Runde“	272
(2) Die „zweite Runde“	273
bb) Das Grundvertragsurteil	277
b) Die Verfassungsbeschwerden gegen die Ostverträge	285
3. Bundesverfassungsgericht und Deutschlandfrage bis zur Wiedervereinigung	290
a) Die Brückmann-Entscheidung	290
b) Die Teso-Entscheidung	291
4. Bewertung	296

§ 10 Das Bundesverfassungsgericht im Prozess der Wiedervereinigung

302

I. Historischer Rahmen

302

II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

305

1. Das Bundesverfassungsgericht und die Herstellung der staatlichen Einheit	306
a) Die Entscheidung über den Einigungsvertrag	306
b) Die Entscheidungen zur ersten gesamtdeutschen Wahl	311
aa) Das Urteil zum Wahlvertrag	311
bb) Die einstweilige Anordnung zu den Unterschriftsquoren	316
cc) Folgeproblem der Wahlvertragsentscheidung: Die PDS im Bundestag	317
(1) Die Auseinandersetzungen um den Fraktionsstatus	318
(2) Die Kollegialenquôte	319
2. Probleme der personellen Kontinuität	321
a) Die Abwicklungsrechtsprechung	324
aa) Ausgangspunkte	324
bb) Die Warteschleifenentscheidung	326
cc) Die Akademieentscheidungen	330
dd) Die Richterüberleitung	333
b) Personalkontinuität und Sonderkündigungstatbestände	336
aa) Die Leitentscheidung des Einigungsvertrags als Entscheidungsmaßstab	336
bb) Kasuistik	339
c) Bewertung	342
3. Das Problem der eigentumsrechtlichen Anknüpfung	343
a) Die Entscheidungen zur Bodenreform	347
b) Die Entscheidungen zum Restitutionsausschluss wegen gutgläubigen Erwerbs	354

Inhaltsverzeichnis

XV

c) Die Entscheidung zur „Wertschere“	358
d) Bewertung	362
Schluss	366
Literaturverzeichnis	371
Personenverzeichnis	407
Stichwortverzeichnis	409

Einleitung

Die Horrifizierung der „Justizstaatlichkeit“ ist so alt wie die Bundesrepublik. Sie fand ihren Ausgangspunkt in der Erhebung der Rechtsprechung zur gleichberechtigten „Gewalt“ neben Legislative und Exekutive durch Art. 92 GG,¹ in der durch Art. 19 Abs. 4 GG garantierten lückenlosen Kontrolle der Hoheitsgewalt durch die Judikative² und schließlich in der Einrichtung einer mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Verfassungsgerichtsbarkeit, der angeblich „originellsten und interessantesten Instanz“ des Grundgesetzes (Grosser).³

Der vorgebliche „Weg in den verfassungsgerichtlichen Judikationsstaat“⁴ war von Beginn an immer wieder von Kritik und Widerstand derer begleitet, die sich dadurch der Gefahr der Entmachtung oder „Entthronung“ ausgesetzt sahen. Insofern wird aus dem Abstand einiger Jahre die „besondere Qualität“, die dem Streit um die Kreuzifix-Entscheidung attestiert wurde, zu relativieren sein: Dass die Bayerische Landesregierung ein Urteil nur „respektieren“, aber nicht „akzeptieren“ wollte und inhaltlich Widerstand ankündigte,⁵ nimmt sich gegenüber Bombendrohungen des ersten Justizministers⁶ und Verbalinjurien aus dem Kreis

¹ Zur Erhebung der Rechtsprechung in die „Verfassungsrechtssphäre: *Holtkotten*, in: BK, vor Art. 92 Anm. 3.

² *Werner Weber*, Weimarer Verfassung und Bonner Grundgesetz, S. 29ff.; *ders.*, Das Richter-tum in der deutschen Verfassungsordnung, S. 92; *Fritz Werner*, Das Problem des Richterstaates, S. 176.

³ *Alfred Grosser*, Die Bonner Demokratie, S. 115; s. auch *Michel Fromont*, Das Bundesverfas-sungsgericht aus französischer Sicht, DÖV 1999, S. 493; vgl. zur frühen Kritik etwa: *Ernst Forst-hoff*, Die Bindung an Gesetz und Recht, DÖV 1959, S. 41/44; *Werner Weber*, Das Richter-tum in der deutschen Verfassungsordnung, in: FS für Hans Niedermeyer, S. 261/268.

⁴ *Wolfgang Knies*, Auf dem Weg in den „verfassungsgerichtlichen Judikationsstaat“, in: FS für Klaus Stern, S. 1155; *Böckenförde*, Grundrechte als Grundsatznormen, S. 190; *ders.*, Zur Lage der Grundrechtsdogmatik nach 40 Jahren Grundgesetz, S. 61f.; *Rosemarie Will*, Das Bundesver-fassungsgericht und die deutsche Wiedervereinigung, NJ 2000, S. 520/521.

⁵ Vgl. dazu skandalisierend: *Rolf Lamprecht*, Zur Demontage des Bundesverfassungsgerichts, S. 39ff.; *Wahl*, Quo vadis – Bundesverfassungsgericht?, in: Guggenberger/Würtenberger (Hg.), Hüter der Verfassung oder Lenker der Politik, S. 81/84f.; zu Recht relativierend: *Limbach*, Die Akzeptanz verfassungsgerichtlicher Entscheidungen, S. 6f.

⁶ Vgl. zur Kritik *Dehlers* am Bundesverfassungsgericht etwa *Wolfgang Knies*, Auf dem Weg in den „verfassungsgerichtlichen Judikationsstaat“, a.a.O.; zur Drohung *Dehlers*, er werde das Gericht „eigenhändig in die Luft sprengen“: *Dirk Hoffmann*, Das Bundesverfassungsgericht im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik, HistJb 120 (2000), S. 227/253.

der sozialliberalen Bundesregierung⁷ geradezu zurückhaltend aus. Dass sich Regierungsmehrheiten damit schwer tun, von „Karlsruhe“ in die verfassungsrechtlichen Schranken ihrer Macht verwiesen zu werden, ist spätestens seit dem ebenso originellen wie entwaffnenden Adenauerwort: „dat ham wir uns so nich vorjestellt“,⁸ bekannt und wenig erstaunlich.

Neu am Streit um die Kruzifix-Entscheidung war jedoch, dass sich das Gericht nicht nur heftiger Kritik aus den Reihen der politischen Klasse ausgesetzt sah, sondern dass die gleiche Kritik auch in der Bevölkerung massenweise verbalisiert wurde.⁹ War das Gericht bisher daran gewöhnt, den Posteingang in Gestalt der Rechtsschutzbegehren als Nachweis seiner besonderen Akzeptanz zu werten,¹⁰ so wurde ihm nun durch den Eingang einer Unzahl von Protestbriefen¹¹ das Gegenteil bescheinigt.¹² Als Fanal musste dies insbesondere denjenigen erscheinen, die auf der Grundlage einer integrationistischen Gesellschafts-, Staats- und Verfassungstheorie eine Vorrangstellung des Bundesverfassungsgerichts aus seinem Auftrag zur integrativen Fortschreibung der Verfassung als Gesellschaftsvertrag ableiten.¹³ Ob insofern die Kruzifix-Entscheidung als Versagen des Bundesverfassungsgerichts vor seiner Integrationsaufgabe zu werten ist oder als Brandzeichen dafür, dass die „Vertextung des Staats an ihr Ende gelangt“ ist (Luhmann) und die segregierte, globalisierte Zivilgesellschaft im Bundesverfassungsgericht die letzte Bastion staatspaternalistischer Integration geschleift hat,¹⁴ mag hier auf sich beruhen.

Bei einer zurückhaltenderen Bewertung ist zunächst festzustellen, dass die Verfassungsrichter selbst – jedenfalls im Angesicht öffentlichen Protests – die ihnen

⁷ Zum Spruch von den „acht Arschlöchern“: *Rolf Lamprecht*, Zur Demontage des Bundesverfassungsgerichts, S. 128ff.

⁸ Vgl. ebenda, S. 126; *Richard Häussler*, Der Konflikt zwischen Bundesverfassungsgericht und politischer Führung, S. 69.

⁹ Vgl. etwa *Scholz*, Karlsruhe im Zwielficht, FS Stern, S. 1201/1202 m. w. N.

¹⁰ Treffend spricht *Roellecke*, Das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts und die Verfassung, in: *Michael Piazzolo* (Hg.), Das Bundesverfassungsgericht, S. 33/39, insoweit von der „populistischen Legitimation“ des Gerichts.

¹¹ Mehrfach hervorgehoben etwa bei *Haltern*, Verfassungsgerichtsbarkeit, Demokratie und Misstrauen, S. 107 (FN 113), 205 (FN 129): Nach dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hätten 250.000 Protestbriefe das Bundesverfassungsgericht erreicht.

¹² Zu den demoskopischen Grundlagen des „Ansehensverlustes“: *Schulze-Fielitz*, Das Bundesverfassungsgericht und die öffentliche Meinung, in: *Schuppert/Bumke* (Hg.), Bundesverfassungsgericht und gesellschaftlicher Grundkonsens, S. 111/128f.

¹³ Vgl. etwa *Häberle*, Verfassungsgerichtsbarkeit als politische Kraft, S. 438ff.; *Schulze-Fielitz*, Das Bundesverfassungsgericht und die öffentliche Meinung, S. 121; *ders.*, Das Bundesverfassungsgericht in der Krise des Zeitgeistes, AÖR 122 (1997), S. 1/14.

¹⁴ *Ulrich Haltern*, Integration als Mythos – Zur Überforderung des Bundesverfassungsgerichts, JÖR 45 (1997), S. 31ff.; *ders.*, Verfassungsgerichtsbarkeit, Misstrauen und Demokratie, S. 229ff. (unter wiederholter Bezugnahme auf das Menetekel der Kruzifix-Entscheidung: 87, 107f., 204f. u.ö.); dagegen jetzt aber mit empirischen Belegen: *Hans Vorländer/Gary S. Schaal*, Integration durch Institutionenvertrauen?, in: *Vorländer* (Hg.), Integration durch Verfassung, S. 343/352ff.

angetragene Integrationsfunktion dezidiert von sich gewiesen haben: Der Auftrag des Gerichtes ziele „auf den Respekt vor der Verfassung und nicht auf den gesellschaftlichen Frieden. (...S)eine primäre Aufgabe ist es, die Verfassung auszulegen, anzuwenden und durchzusetzen“.¹⁵

Die Anwendung der Verfassung im Einzelfall kann aber kaum allein dazu geeignet gewesen sein, diesen Proteststurm auszulösen: Weder die Gewährung der Religionsfreiheit aus Art. 4 GG, noch ihre Interpretation als Minderheitenrecht zum Schutze vor der hoheitlichen Inanspruchnahme für eine Religionsausübung und noch nicht einmal die daraus abzuleitende Konsequenz, dass die Beschwerdeführer unter den im konkreten Fall gegebenen Umständen die Entfernung eines Kreuzes aus einem Schulraum fordern konnten, erscheint vernünftigerweise die heftige öffentliche Reaktion zu rechtfertigen. Die Empörung verweist vielmehr auf die Bedeutung, die der verfassungsgerichtlichen Entscheidung über den konkreten Fall hinaus für die Identität des Gemeinwesens insgesamt zugemessen wurde. Sie beruhte auf der Annahme, dass die Kreuzifix-Entscheidung in ihren Begründungszusammenhängen und im Kontext einer handvoll weiterer Judikate¹⁶ eine identitätsverändernde Richtungsbestimmung für die Zukunft der Bundesrepublik als eines wertrelativistischen, laizistischen Gemeinwesens bedeutete.

Dem Protest lag damit die Vorstellung von einer Wirkmächtigkeit verfassungsgerichtlicher Entscheidungen zugrunde, die diese kategorial von den Judikaten anderer Gerichte unterscheidet. Er bestätigte damit im Kern ein Bild von der Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts, das zu einem kennzeichnenden Bestandteil der politischen Kultur in der Bundesrepublik geworden ist. Dieses Bild wird von der Omnipräsenz des Gerichts in allen Feldern der politischen Auseinandersetzung und dem Eindruck geprägt, fast alle für das Gemeinwesen wesentlichen Entscheidungen würden letztlich scheinbar „in Karlsruhe“ getroffen, die Letztverantwortung für „Wohl und Wehe“ der Republik läge zu einem wesentlichen Teil bei den Richterinnen und Richtern des Bundesverfassungsgerichts.

Dieses Bild von der Wirkungsmacht und Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts spiegelt sich scheinbar auch in der Praxis des politischen Prozesses. Sitzt nicht das Bundesverfassungsgericht mit am Tisch der Gesetzgebung, wenn Gesetzesvorhaben durch die Ministerialbürokratie akribisch mit allen Sentenzen möglicherweise einschlägiger verfassungsgerichtlicher Spruchpraxis abgeglichen

¹⁵ *Jutta Limbach*, Das Bundesverfassungsgericht, S. 69; *dies.*, Die Integrationskraft des Bundesverfassungsgerichts, in: Hans Vorländer (Hg.), Integration durch Verfassung, S. 315/320f.; fast wortgleich bereits *Dieter Grimm*, Interview mit der Südd. Zeitung v. 9. 12. 1995: „Die Aufgabe des Verfassungsgerichts besteht nicht in der Friedensstiftung, sondern in der Durchsetzung der Verfassung. Wenn seine Entscheidungen den gesellschaftlichen Frieden wieder herstellen, ist das ein beglückendes Ergebnis.“ (zit. nach *Haltern*, Verfassungsgerichtsbarkeit, Demokratie und Misstrauen, S. 225, FN 201); vgl. auch bereits *Benda*, Zur gesellschaftlichen Akzeptanz verwaltungs- und verfassungsgerichtlicher Entscheidungen, DÖV 1983, S. 305.

¹⁶ Insbesondere: BVerfGE 90,145 – Cannabis; 92, 1 – Sitzblockaden; 93, 266 – „Soldaten sind Mörder“.

werden? Gehört nicht die Drohung mit „Karlsruhe“ zum selbstverständlichen politischen Argumentationsarsenal und erscheint nicht „der Gang nach Karlsruhe“ als natürliche Konsequenz einer politischen Niederlage, die diese als nur vorläufig ausweist? Müssen nicht Machtworte des Gerichts immer wieder die gordischen Knoten durchtrennen, in denen sich die anderen Akteure als zur Entscheidung durch Konsens- oder Mehrheitsbildung unfähig erwiesen haben?

Wesentlichen Anteil daran, dass sich dieses Bild stabilisieren konnte, hatte aber auch das Bundesverfassungsgericht selbst. Zum einen gelang es ihm, aufgrund der Qualität seiner Entscheidungen besondere Autorität und Statur zu gewinnen. Daneben entwickelte das Gericht jedoch von Beginn an ein institutionelles Selbstverständnis, durch das es sich fundamental von der übrigen Gerichtsbarkeit abhob und konnte dieses Selbstverständnis im so genannten Statusstreit¹⁷ durchsetzen. Dabei ging es vordergründig um den protokollarischen und organisationsrechtlichen „Status“ des Gerichts als „Verfassungsorgan“. Im Kern war damit aber ein zugleich funktionelles Selbstverständnis bezeichnet: Ein Gericht, das von Verfassungen wegen dazu berufen ist, den Streit zwischen obersten Staatsorganen zu entscheiden, muss nicht nur auf organisationsrechtlich gleicher Stufe mit diesen stehen, sondern ist notwendigerweise auch materiell in ihren Rechtskreis einbezogen. Insoweit kennzeichnete das Gericht mit dem Selbstverständnis als Verfassungsorgan von Anfang an nicht nur einen Status, sondern insbesondere auch eine Funktion: Es reklamierte damit für sich einen Anteil an der „obersten Staatsgewalt“.¹⁸ Auf der Grundlage des in § 1 Abs. 1 BVerfGG indirekt auf das Bundesverfassungsgericht bezogenen Begriffs des Verfassungsorgans wird seither vor allem, aber nicht nur, aus dem Kreis (ehemaliger) Verfassungsrichter die Besonderheit des Bundesverfassungsgerichts darin gesehen, dass es als Verfassungsorgan „Teilhabe an der Staatsleitung“¹⁹ habe.

¹⁷ Dokumentiert in: Der Status des Bundesverfassungsgerichts, JöR 6 (1957), S. 109.

¹⁸ *Leibholz*, Einleitung, in: Der Status des Bundesverfassungsgerichts, JöR 6 (1957), S. 110/111.

¹⁹ Vgl. *Hans-Jürgen Papier*, Teilhabe an der Staatsleitung, FAZ v. 23. 5. 2000, S. 15; *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, RN 669; *Benda/Klein*, Verfassungsprozeßrecht, RN 63; *Stern*, Staatsrecht Bd. II, S. 344, 943; *Hans H. Klein*, Gedanken zur Verfassungsgerichtsbarkeit, in: FS *Stern*, S. 1135/1136; *ders.*, Verfassungsgericht und Gesetzgeber, in: *Badura/Scholz* (Hg.), Verfassungsgerichtsbarkeit und Gesetzgebung, S. 49/53; *Herzog*, Teilung und Ballung von Macht im Grundgesetz, in: *Kirchhof/Commers* (Hg.), Deutschland und sein Grundgesetz, S. 435; *Christian Starck*, Das Bundesverfassungsgericht in der Verfassungsordnung und im politischen Prozess, FS 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, S. 1/4f.; *Scholz*, Fünfzig Jahre Bundesverfassungsgericht, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2001, S. 6; *Dieter C. Umbach*, in: *ders./Clemens*, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, § 1 RN 32; *Kurt Vogel*, Das Bundesverfassungsgericht und die übrigen Verfassungsorgane, S. 88; *Thomas Würtenberger*, Zur Legitimität des Verfassungsrichters, in: *Guggenberger/ders.* (Hg.), Hüter der Verfassung oder Lenker der Politik, S. 57/71.; *Matthias Herdegen*, Informalisierung und Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen, VVDStRL 62 (2003), S. 7/25.

Diese Status- und Funktionsbestimmung knüpft mit dem Begriff des Verfassungsorgans an die Organkategorien der konstitutionellen Staatslehre, inhaltlich letztlich aber an die Auseinandersetzung um die Staats- und Verfassungsgerichtsbarkeit in der Weimarer Republik an,²⁰ die auf eine staats- und verfassungstheoretisch begründete Unterscheidung der Rechtsordnung im allgemeinen einerseits und der Verfassungsordnung andererseits aufbaute. Die Besonderheit oder gar Unmöglichkeit einer Verfassungsgerichtsbarkeit wurde insbesondere von *Triepel* und *Schmitt*, von durchaus unterschiedlichen verfassungstheoretischen Positionen ausgehend, im Kern damit begründet, dass sich das politische Wesen der Verfassung dem unpolitischen Wesen der Gerichtsbarkeit sperre.²¹ Die Unterscheidung zwischen Rechtsprechung und Verfassungsgerichtsbarkeit verweist also nicht nur auf eine tendenziell „antipositivistische“ Verfassungstheorie, sondern mindestens ebenso auf ein „positivistisches“ Verständnis von Recht und Rechtsprechung im übrigen: Die Einbeziehung des Bundesverfassungsgerichts in den durch die (obersten) Verfassungsorgane gebildeten Funktionskreis der politischen Staatsleitung wird der im übrigen unpolitischen Funktion der Gerichtsbarkeit kontrastiert.

Diese auf das Selbstverständnis des Gerichts aufbauende, teilweise auch in ihren verfassungstheoretischen Bezügen von der herrschenden Staatsrechtslehre im wesentlichen mitgetragene, besondere Positionierung des Bundesverfassungsgerichts erscheint zunächst durchaus geeignet, die gekennzeichnete Wahrnehmung der Rolle des Bundesverfassungsgerichts im politischen System der Bundesrepublik zu erklären und verfassungsnormativ zu stabilisieren. Für eine am positiven Verfassungsrecht orientierte Betrachtung ist sie jedoch unbefriedigend.²² Zweifel ergeben sich bereits daraus, dass mit historisch wie systematisch präterkonstitutionellen Begriffen tragende institutionelle und funktionelle Kategorien gebildet werden, die in ihrem Aussagewert undeutlich bleiben und sich jedenfalls nicht ohne weiteres in die Institutionen- und Funktionenordnung des Grundgesetzes einfügen. Auch wenn der (ebenfalls präterkonstitutionelle) Begriff der Gewaltenteilung wesentlich an Distinktionskraft verloren hat, beruht doch die „justizstaatliche“ Ausprägung des Grundgesetzes wesentlich auf der Konstituierung der „rechtsprechenden Gewalt“ in Art. 92ff. GG und ihrer weitgehenden Abschir-

²⁰ Vgl. insbesondere *Heinrich Triepel* und *Hans Kelsen*, *Wesen und Entwicklung der Staatsgerichtsbarkeit*, VVDStRL 5 (1929), S. 2ff., 30ff.; *Carl Schmitt*, *Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung* S. 63; *ders.*, *Der Hüter der Verfassung*; *Kelsen*, *Wer soll Hüter der Verfassung sein?*; ausführlich zum ganzen: *Helge Wendenburg*, *Die Debatte um die Verfassungsgerichtsbarkeit*; zusammenfassend: *Stolleis*, *Geschichte des öffentlichen Rechts* Bd. 3, S. 117f.; 193f.

²¹ *Triepel*, a.a.O., S. 8.

²² Vgl. zur Kritik insbesondere: *Thoma*, *Rechtsgutachten betr. die Stellung des Bundesverfassungsgerichts*, JÖR 6 (1957), S. 161/165ff.; *Schlaich*, *Die Verfassungsgerichtsbarkeit im Gefüge der Staatsfunktionen*, VVDStRL 39 (1981), S. 99; *Schlaich/Korioth*, *Das Bundesverfassungsgericht*, RN 30ff.

mung von den übrigen Gewalten.²³ In die dadurch gebildete Funktionseinheit und deren Bedeutung betonend ist das Bundesverfassungsgericht eingeordnet, allenfalls durch die Reihenfolge der Bestimmungen als *primus inter pares* ausgewiesen. Die Positionierung des Bundesverfassungsgerichts mittels institutioneller und funktionaler Ausgliederung aus dem Rechtsprechungszusammenhang berücksichtigt diese besondere Profilierung der rechtsprechenden Gewalt durch das Grundgesetz nicht und entspricht insoweit einem jüngst von *Roellecke* und *Vofßkuble/Sydow* – freilich ebenso unter Ausgliederung der Verfassungsgerichtsbarkeit – konstatierten Defizit der Staatsrechtslehre in der Befassung mit der rechtsprechenden Gewalt als verfassungslegitimierter staatlicher Gestaltungsfunktion.²⁴

Diese positivrechtlichen Defizite in der Beschreibung der Positionierung des Bundesverfassungsgerichts sind der Anlass für die im ersten Teil der nachfolgenden Untersuchung unternommene Rekonstruktion. Dazu sollen zunächst Begriff und Bedeutung der Staatsleitung als Funktionszusammenhang im demokratischen Verfassungsstaat näher bestimmt werden. Daran anknüpfend ist auf der Grundlage verfassungsdogmatischer und methodischer Überlegungen das Verhältnis der rechtsprechenden Gewalt zu dem so gekennzeichneten Funktionszusammenhang neu zu justieren. Erst aus der sich daraus ergebenden Perspektive können dann die institutionellen und funktionalen Besonderheiten des Bundesverfassungsgerichts und seiner Rechtsprechung zutreffend erfasst und in ihrer verfassungsrechtlichen Bedeutung für den behaupteten „Anteil an der Staatsleitung“ gewürdigt werden.

Von dieser verfassungsdogmatischen Betrachtung abgeschichtet und apriorische staats- und verfassungstheoretische Überhöhung vermeidend, lässt sich die besondere Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts als auch politikwissenschaftlich beschriebenes Phänomen der „Verfassungswirklichkeit“ begreifen. Versteht man die Verfassung als Rahmenordnung des politischen Prozesses, so lässt sich die Unterscheidung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit nicht von vornherein als Widerspruch, sondern zunächst als Ausübung des Gestaltungsspielraums durch die verfassungslegitimierten Akteure begreifen. Im demokratischen Gesetzgebungsstaat ergibt sich aus dieser Abschichtung insbesondere der Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber, eine Justierung der Machtbalance mit den Mitteln des einfachen Rechts zu bewirken bzw. zu stabilisieren. Für die Positionierung des Bundesverfassungsgerichts ist die abschichtende Bedeutung der

²³ Vgl. zur „Sonderrolle“ der rechtsprechenden Gewalt im Rahmen der Gewaltenverschränkung etwa *Bettermann*, Die rechtsprechende Gewalt, HStR III, § 73 RN 4; *Heyde*, Rechtsprechung, HbVerfR, § 33 RN 3ff.; *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, RN 547; *Schnapp*, in: v. Münch/Kunig (Hg.), GGK, Bd. 1, Art. 20 RN 34.

²⁴ *Gerd Roellecke*, Zur demokratischen Legitimation der rechtsprechenden Gewalt, FS für Leisner, S. 553/554; *Andreas Vofßkuble/Gernot Sydow*, Die demokratische Legitimation des Richters, JZ 2002, S. 673.

Unterscheidung zwischen Verfassungsrecht und einfachem Gesetzesrecht trotz ihrer ausdrücklichen Betonung in Art. 93 Abs. 2, 94 Abs. 2 GG bislang allenfalls ansatzweise, etwa im Hinblick auf die Bindungswirkungen verfassungsgerichtlicher Entscheidungen nach § 31 Abs. 1 BVerfGG, wahrgenommen worden.²⁵ Sie soll daher im zweiten Teil der Arbeit im Zusammenhang mit dem einfachgesetzlichen Begriff des „Verfassungsorgans“ und seiner Bedeutung für die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im politischen Prozess der Bundesrepublik bestimmt und entfaltet werden.

Der dritte Teil der Arbeit geht dem verfassungsgerichtlichen „Anteil an der Staatsleitung“ aus einer historischen Perspektive nach. Lässt sich die Rolle des Bundesverfassungsgerichts als von der Kompetenzordnung der Verfassung gesteuerte und begrenzte, im übrigen aber sich im und durch den politischen Prozess und seine einfachgesetzliche Stabilisierung aktualisierende Positionierung des Gerichts in der „balance of powers“ verstehen, so ergeben sich die Bedingungen für eine verfassungsgerichtliche Staatsleitung wesentlich aus dem Zusammenspiel der rechtlichen und tatsächlichen Faktoren in einem bestimmten historischen Zusammenhang. Anhand der Entwicklungen der „deutschen Frage“ und der sie betreffenden Rechtsprechung des Gerichts soll untersucht werden, ob und in welcher Weise das Bundesverfassungsgericht auf der Grundlage seiner verfassungsrechtlichen Kompetenzen und in seiner spezifischen Positionierung im politischen Prozess als eigenständiger „historischer Akteur“ Profil gewinnt.

²⁵ Vgl. BVerfGE 77, 84; *Stefan Koriath*, Die Bindungswirkungen normverwerfender Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts für den Gesetzgeber, *Der Staat* 30 (1991), S. 549/556ff. (dazu unten, § 5 IX.)

Teil I:

Staatsleitung, rechtsprechende Gewalt und
Verfassungsgerichtsbarkeit im Grundgesetz

Personenverzeichnis

- Adenauer, Konrad 226ff., 242, 248, 253,
255, 299
Arndt, Adolf 254
- Bahr, Egon 293
Barzel, Rainer
Benda, Ernst 174
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 83, 89, 101
Brandt, Willy, 242, 254, 257f., 262, 271,
297, 301
Breschnew, Leonid 242
Bumke, Christian 66
- Chruschtschow, Nikita 253f.
Coing, Helmut 207
- Draht, Martin 201, 251, 254
Dworkin, Roald 46
- Eisenhower, Dwight D. 254
Ellinghaus, Wilhelm 201
Ellwein, Thomas 15
Erhard, Ludwig, 256f.
Esser, Josef 46
- Forsthoff, Ernst 198
Fraenkel, Ernst 70
Friesenhahn, Ernst 19, 195
- Gadamer, Hans-Georg 46
Geiger, Willi 169, 173, 301, 307
Gierke, Otto v. 123ff.
Globke, Hans 254
Grewe, Wilhelm 256
Gysi, Gregor 319f.
- Haenel, Albert 123ff.
Hallstein, Walter 256
Heiland, Gerhard 201
Herzog, Roman, 364
- Hesse, Joachim Jens 15
Hesse, Konrad 104
Honecker, Erich 262, 293, 302, 357
Höpker-Aschoff, Hermann 188
- Jellinek, Georg 123ff., 144
- Kaufmann, Erich, 127f.
Kaul, Friedrich Karl 250
Kelsen, Hans 181f., 191, 193
Kiesinger, Kurt Georg 256
Kinkel, Klaus 348
Koellreutter, Otto 198
Kohl, Helmut, 262, 293, 297, 303
Kohl, Michael 285
Krüger, Herbert 206
- Leibholz, Dieter 65, 123, 143ff.
Leisner, Walter 11
Lerche, Peter 77
Löwenthal, Richard 297
- Maizière, Lothar de 349
Mende, Erich 257
Mendès-France, Pierre, 233
Modrow, Hans 303
Montesquieu, Charles-Louis de Secondat
23
- Nawiascky, Hans 191, 193
- Peters, Hans 195
- Radbruch, Gustav, 145
Rau, Johannes 293
Repken, Konrad 172
Reuter, Ernst 247
Roellecke, Gerd 6
Rottmann, Joachim 272f., 277

- Schäuble, Wolfgang, 346
Scheel, Walter 259
Scheffler, Erna 201
Scheuner, Ulrich 16, 206
Schlink, Bernhard 114
Schmid, Carlo 204, 248
Schmidt, Helmut 173, 297
Schmitt, Carl 5, 88, 181
Schroeder, Louise 247
Schulze-Fielitz, Helmuth 169f.
Schumacher, Kurt 227f.
Schuppert, Gunnar Folke 66
Smend, Rudolf 16, 66ff., 109
Stein, Erwin 201
Stern, Klaus 123, 296
- Stoph, Willi 256
Strauß, Franz-Joseph 261
Sydow, Gernot 6
- Thoma, Richard 113f.
Triedel, Heinrich 5
- Voßkuhle, Andreas 6
- Wilms, Dorothe 262
Wintrich, Josef 242
- Zeidler, Wolfgang 294
Zippelius, Reinhold 15

Stichwortverzeichnis

- Abgrenzungsbeschluss d. SPD 297
- Abwägung 103
- Abwicklung
 - Akademie der Wissenschaften (der DDR) 330ff.
 - als Grundrechtseingriff 327
 - Rechtfertigung 328
 - sozialer Besitzstand 333
 - Warteschleife 324, 326f., 342
 - Zumutbarkeit 329
- Akademieentscheidungen (d. BVerfG) 330ff.
- Akten 171
 - Handakten 172
 - Verfahrensakten 172
- Aktenarcanum 173
- Alleinvertretungsanspruch 182, 256, 268
- Allgemeines Kriegsfolgenrecht (AKG) 208ff.
- Alliierte Hohe Kommission 230f., 251
- Alliierte Kommandatur 250
- Amnestiegesetzgebung 179
- Anerkennung der DDR 259, 279, 353
- Annäherungsformel 236ff., 245f., 308
- Archivierung 172
- Ausreisewelle 302
- Atomwaffenteststopp 256

- Bank Deutscher Länder 152
- Geschäftsbanken 214ff.
- Beamte
 - verdrängte 185, 188f., 200
 - vertriebene 185
 - wohlverworbene Rechte 189
 - zur Wiederverwendung 185
- Beamtenentscheidung (d. BVerfG) 189ff., 200, 208f., 236
 - Relevanz nach dem Beitritt 321ff., 326f., 334f., 342f.
- Beamtenschaft 185, 193
- Beamtenverbände 186

- Beamtenverhältnis
 - nationalsozialistische Umgestaltung 191, 197f.
 - naturrechtliches 197
- Befangenheit 272ff.
- Beitritt der DDR 177, 304
 - als Lösung der deutschen Frage 308
- Beitrittsrecht 288, 308
- Beratungsgeheimnis 171, 175
- Berlin-Blockade 247f.
- Berlin-Status 246ff.
- Berlin-Vorbehalt 247, 249ff.
- Berliner Mauer 255f., 280
- Berufssoldaten 193
- Besatzungsschäden 217ff., 239
- Besatzungsstatut 226
- Besatzungszonenpatriotismus 182
- Beschweigen der Vergangenheit 199f., 202
- Bindungswirkung (verfassungsgerichtl. Entscheidungen) 99ff., 156ff., 194, 284
 - als ergänzende Verfassungsgesetzgebung 164
 - als Institut d. einfachen Rechts 160
 - bei verfassungskonformer Auslegung 157f.
 - Bindung der Exekutive 164
 - Bindung der Rechtsprechung 163f.
 - Bindung des Gesetzgebers 160ff.
 - Erstreckung auf Entscheidungsgründe 156ff.
 - gesetzgeberische Gestaltung 100, 156ff.
 - Selbstbindung des Gerichts 159
 - und abstrakte Geltung 156
 - und clausula rebus sic stantibus 159
 - und gesetzgeberische Intention 159
 - und Kompetenz-Kompetenz 284
 - und Konfrontation der Staatsorgane 162
 - und Normenhierarchie 100, 157
 - und Normwiederholung 157, 162
 - und obstinate Wiederholungen 162

- und Verfassungsorganantreue 162
- und Zementierung des Verfassungsrechts 158, 160
- verfassungsrechtliche Grenzen 160f.
- Bodenreform in der DDR 309, 345, 348, 353 (s.a. offene Vermögensfragen)
- Bodenreformentscheidungen (d. BVerfG) 347ff.
- Botschaftsbesetzungen 302
- Brief zur deutschen Einheit 258, 260, 278
- Brückmann-Entscheidung (d. BVerfG) 290f., 300
- Bürgerkrieg, kalter 241, 246
- Bundesbank 113, 148, 151ff.
 - als bundesunmittelbare jurist. Person 152
 - als Hüterin der Währung 154
 - als Nebenregierung 152
 - im Willensbildungsprozess 154f.
 - integrative Bedeutung 153
 - Unabhängigkeit 152
 - und Geldwertstabilität 155
 - Verfassungsorganstatus 148, 153
- Bundesrechnungshof 148ff.
 - als „Hüter der Wirtschaftlichkeit“ 151
 - als Bundesbehörde 149, 151
 - als Hilfsorgan des Bundestags 150
 - Kompetenzen 149
 - Kontrollfunktion 148
 - Verfassungsorganstatus 148, 151
 - Verfassungsunmittelbarkeit 149
- Bundesverfassungsgericht
 - Akzeptanz(abhängigkeit) 80, 86, 114f.
 - als Faktor der histor. Entwicklung 169f.
 - als Faktor im polit. System 112
 - als Gerechtigkeitshof 113
 - als Gericht 54ff., 118
 - als gesellschaftliches Gericht 70
 - als historischer Akteur 169ff.
 - als Hüter der Verfassung 63, 113, 142, 156f., 160
 - als Legitimationsfaktor 142, 166, 198
 - als Mitregent 109ff.
 - als Objekt der polit. Diskussion 174
 - als Verfassungsorgan 118ff., 165
 - Amtszeitbegrenzung 156
 - Anteil an der Staatsleitung 4, 54, 103, 105, 166, 169, 177
 - Bundesrichterklausele 62
 - Doppelstatus 118, 166
 - Entscheidungswirkungen 97ff., 156ff.
 - faktische Suprematie 89ff.
 - Funktion im Willensbildungsprozess 142, 165
 - Grenzen gesetzlicher Ausgestaltung 160
 - Institutionelle Selbstbehauptung 284
 - keine Superrevisionsinstanz 91
 - Kompetenzzuweisung 56ff.
 - Konstituierung 228
 - methodische Suprematie 89, 101ff.
 - normative Suprematie 89, 93ff.
 - Normenkontrollkompetenz 95f., 105
 - Positionierung durch den Gesetzgeber 155f., 160, 165f.
 - Repräsentationsfunktion 141
 - Richterwahl 60ff., 104, 156
 - roter und schwarzer Senat 230
 - Unabhängigkeit 118, 156
 - und Fachgerichtsbarkeit 91ff.
 - und Gemeinwohlkonkretisierung 70f. 113
 - und Integration 68ff.
 - und Notstandsverfassung 62
 - und Politik 64ff.
 - wahlrechtliches Wächteramt 315, 320
- Chruschtschow-Ultimatum 253
- Dawes-Plan 152
- Degression, soziale 219, 222, 361
- Demontagen 203, 217, 222, 227f.
- Deutsch-tschechoslowakischer Vertrag 285, 289
- Deutsche Frage
 - als Faktor kollektiver Identität 177, 300
 - als Frage der Selbstbestimmung 262f., 303
 - als Frage der Solidarität 303
 - Begriff 176
 - in der internationalen Politik 253, 262
 - und deutscher Sonderweg 177
- Deutsche Teilung 176, 262
- Deutschlandpolitik 264
- Deutschlandvertrag 231f.
- Direktmandatsklausel 319
- Distanzschutz 201
- Einigungsvertrag 304f., 308
 - Entscheidung d. BVerfG 306ff.
 - Kontinuität d. Arbeitsverhältnisse 325ff., 332, 342

- Personalrechtl. Bestimmungen 324ff.
- Zustimmungsgesetz 306
- Einreisefreiheit 264f.
- Entnazifizierung 183ff., 191, 202
- Entscheidungsbegründungen 171ff.
 - als Steuerungsbeiträge 175
- Entspannungspolitik 78, 253, 256f., 270, 286ff.
- Erfüllungspolitik 227
- Europäische Integration 78, 238
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft 228f., 233
- Europäisches System der Zentralbanken 152
- Extremismus 241

- Fraktionsstatus 318f.
- Frankfurter Dokumente 226, 247
- Friedensnote 256
- Funktionsakzessorietät 204
- Funktionsnachfolge 206f., 209, 332

- G 131 186ff.
 - als Integrationsangebot 191f., 198, 201
 - als soziale Tat 192, 201
 - legitimatorisches Defizit 198
- Geheimhaltungspraxis d. BVerfG 172
- Geldinstitute 214, 216
- Gemeinsamer Senat (d. obersten Bundesgerichte) 163
- Gerichtliches Verfahren 38ff.
- Geschichtsschreibung 170
- Gesetzeskraft (verfassungsgerichtl. Entscheidungen) 97ff., 160
 - und Normhierarchie 98
 - und Publizitätswirkung 99
- Gesetzesvorbehalt 18
- Gesetzgebungsstaat 20, 24, 118
- Gestapo-Beschluss (d. BVerfG) 195ff.
- Gewaltenbalance 126
 - Grenzen einfachgesetzlicher 164
- Gewaltenteilung 5, 12ff., 129
 - überkommenes Schema 13, 111, 116, 231
 - und balance of powers 7, 115ff., 169
 - und Parteienstaatlichkeit 116
 - und richterl. Unabhängigkeit 35
- Glopkeplan 254
- Grenze, innerdeutsche 279f., 302
- Groß-Berlin 247f., 250, 252
- Große Senate 163
- Gründe, tragende 175
- Grundlagenvertrag 260f., 271ff., 298
 - Folgewirkungen 283f.
 - Protokollerklärung zur Staatsangehörigkeit 281ff.
 - Verfassungskonforme Auslegung 272, 281ff.
- Grundvertragsurteil (d. BVerfG) 271ff., 286ff., 291, 294f., 296ff., 365
 - 1. Aussetzungsentscheidung 272f.
 - 2. Aussetzungsentscheidung 273ff.
 - Hauptsacheentscheidung 277ff.
 - Integrative Wirkung 297
 - Staatsleitende Bedeutung 297

- Haager Landkriegsordnung 181, 220
- Haftungsdiskontinuität 213
- Hallstein-Doktrin 182, 256
- Heimfallvermögen 204
- Hermeneutik, jurist. 46f.; 74
- Historisierung 180
- Historikerstreit 180
- Höfeordnung, besatzungsrechtliche 239

- Identitätsthese 205ff., 277, 288, 294
- Integrationslehre 66ff.
- Integrität, gesamtstaatliche 227, 234, 240, 246
- Interalliierte Kommandatur 246
- Interregnum 213
- Interzonenhandel 268ff.

- Judicial self-restraint 114, 275, 284, 307
- Judicial activism 175

- Kollegialenquête 319f.
- Kollektivhaftung 197
- Kommunistische Gefahr 241
- Konkordatsstreit 173
- Kontinuitätstheoreme 182, 277, 296
- Kontinuitätsthese 180ff., 309
 - als „Formelkram“ 296, 301
 - als Bestandteil der Staatsraison 194, 200
 - als Flucht vor Geschichte und Wirklichkeit 279
 - als geltendes Recht 182, 194, 235, 244, 288, 294
 - als jurist. Fiktion 182, 200
 - als Staatsideologie 182, 273

- als staatstheoretische Großformel 183, 212, 300f.
- beamtenrechtliche 186, 188f., 198, 202
- und politischer Primat 191, 200, 301
- und territoriale Integrität 288f., 308
- Konvent von Herrenchiemsee 54f., 61
- KPD-Verbot 241ff., 291
- deutschlandpolitische Implikationen 242f.
- Kriegsfinanzierung 216
- Kriegsfolgelasten 186ff., 213, 221, 223ff., 349
- Kriegsgewinnlertum 217
- Kruzifix-Entscheidung 1ff.

- Lastenausgleich, sozialstaatlicher 221, 223ff., 346, 348ff., 359, 361
- Londoner Konferenz (1924) 152

- Mantelgesetzgebung 252
- Maueröffnung 303
- Mauerschützen-Entscheidung (d. BVerfG) 179
- Methode als Steuerungsressource 101f.
- Misstrauensvotum 258, 274
- Moskauer Vertrag 257, 260

- Nationalsozialismus 180, 190f., 216, 221, 225
- Nationalstaat, postklassischer 177
- Nebenaußenpolitik d. SPD 263, 293
- Normenkontrolle
 - Antragsbefugnis 90f.
 - Normenkontrollpflicht aller Gerichte 94f.
 - und Gesetzesbindung 94ff.
 - und Normwiederholungsverbot 157f.
 - Verwerfungsmonopol d. BVerfG 95, 105
 - Vorlagepflicht 96
- Notaufnahmegesetz 264, 299
- Nulla-poena Grundsatz 178

- Obiter dicta 175
- Oder-Neiße-Linie 286
- Öffentlicher Dienst 184, 186, 321f., 332, 338
- Offene Vermögensfragen 305, 344ff.
 - Bedingungsthese 345, 349, 352f., 363
 - Bodenreform 345, 348, 353
- EALG 346f., 358
- Entschädigung und Ausgleichsleistung 346, 349, 360ff., 364
- Entschädigungsvorrang 344
- Erwerbchancen 356
- Gedanke des Lastenausgleichs 346, 348
- Gemeinsame Erklärung 344, 346, 348f., 353, 360, 363
- gutgläubiger Erwerb 350, 354, 356, 358, 363
- LPG-Eigentum 356f.
- Restitutionsvorrang 344, 346, 363
- Stichtagsregelung 355, 357
- und Ausstrahlung der Eigentumsgarantie 351f., 358f., 364
- und Halbteilung 362
- und Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung 352f., 363
- und Systemgerechtigkeit 360f.
- und zivilrechtl. Rückübertragungsansprüche 357f.
- Vermögensabgabe 347, 361
- Wertschere 347, 358ff., 362, 364
- Ordre public d. Bundesrepublik 266, 290ff., 348
- Organbegriff 119f.
- Organkategorien im GG 128ff.
 - besondere Organe 129
 - oberste Bundesorgane 129ff.
 - Offenheit 133
- Organlehren, spätkonstitutionalistische 123ff.
- Organstreit 130
 - als staatl. Insichprozess 147
- Ostgebiete, deutsche 286, 288, 308
- Ostpolitik, neue 257, 272, 275, 286, 297ff.
- Ostverträge 257ff., 285ff, 298
 - Entscheidungen (d. BVerfG) 285ff.
 - Hochpolitische Natur 287

- Pariser Konferenz 226f., 231
- Pariser Verträge 217f., 224, 233, 238ff.
- Parlamentarischer Rat 54f., 61, 182ff., 202, 204, 227, 247f., 251
- Parlamentsnötigung 139
- Parlamentsvorbehalt 18
- Parteien
 - gesellschaftl. Verwurzelung 146
 - im Organstreit 143
 - im Willensbildungsprozess 143f.

- innerparteiliche Demokratie 146
- Staatsähnlichkeit 146
- Staatsfreiheit 146
- Parteienstatus 143ff.
- Parteienstaat 143f., 147
- Passierscheinabkommen 257
- Petersberg-Entscheidung (d. BVerfG) 228ff.
- Petersberger Abkommen 227ff.
- Pfadabhängigkeit verfassungsnormativer Bindungen 75f., 97, 343
- Potsdamer Abkommen 182
- Präjudizienbindung 84f.
- Prager Frühling 256
- Preußisches ALR 89
- Privatautonomie 76
- Provisorium,
 - Bundesrepublik als P. 227
 - GG als Provisorium 212, 232
- Quellenproblem d. Geschichtswissenschaft 173ff.
- Radikalenerlass 297, 336
- Rechtsbindung 44ff.
 - der Exekutive 44
 - und Berufsrichtertum 52
 - und Demokratieprinzip 51
 - und Gestaltungsauftrag 46
 - und jurid. Systemrationalität 50, 77
 - und jurist. Diskurs 49ff., 70, 77, 84f., 88, 102, 175, 178
 - und jurist. Methode 45ff.
 - und Justizgewährungspflicht 48
 - und Normenkontrolle 94ff.
 - und Rechtssicherheit 47
 - und richterl. Rechtsfortbildung 49
 - und Vorrang des Gesetzes 44
- Rechts- und Amtshilfe, innerdeutsche 265ff., 290ff.
- Rechtskraft 85, 88, 97, 157, 160, 163
- Rechtsprechungsbegriff 25, 27f.
- Rechtsschutzgarantie 27, 42, 58
- Référé législative 89
- Reformpolitik, sozialliberale 173
- Reichsbank 152
- Reichsbezogene Verbindlichkeiten 213
- Reichsverbindlichkeiten 205ff., 225, 350
- Reichsvermögen 203ff.
- Rekonstruktion, historische 171f., 175
- Reparationssschäden 217f., 222ff., 239
- Reparationsforderungen 218, 222, 233
- Repräsentation 139f.
- Richter, gesetzlicher 37f.
- Richterablehnung 42, 272ff.
- Richteramt 27ff., 335
 - als republikan. Amt 28f.
 - Gesetzesunterworfenheit 35f., 94
 - Neutralität und Unparteilichkeit 29ff., 37f.; 39f., 335
 - Passivität 38ff.
 - Totalvorbehalt 35f., 43, 97
 - Unabhängigkeit 32ff., 94, 335
- Richterüberleitung 333ff.
 - Diskontinuität d. Amtsverhältnisse 335
- Richtervorbehalt 24ff.
- Ruhrstatut 227f.
- Runder Tisch (der DDR) 11, 302
- Saarentscheidung (d. BVerfG) 234ff., 243ff.
- Saargebiet 229f., 233ff.
- Saarstatut 233ff., 243, 253
- Scheel-Doktrin 259
- Schießbefehl 280
- Schleusenfunktion 133
- Schlußstrichmentalität 186
- Schuldprinzip 178
- Schumann-Plan 233
- Selbstbestimmungsrecht 226, 294f
- Soldatenurteil (d. BVerfG) 193ff., 200
- Sonderkündigungstatbestände (im EV) 324f., 336ff.
 - Entscheidungspraxis d. Fachgerichte 337, 343
 - Leitentscheidung d. Gesetzgebers 339, 343
 - Mitwirkungspflichten 340
 - Prognoseentscheidung 337
 - und „faire Chance“ 339, 343
 - und Parteikarriere 340
 - und Radikalenbeschluss 336ff.
 - und Stasi-Mitarbeit 341
 - und Verfassungstreue 336ff.
- Sondervoten 172
- Sonderweg, deutscher 177
- Souveränität 226, 232f., 239f.
- Sozialstaatsprinzip 184, 221, 223
- Spionage-Beschluss d. BVerfG 179
- Sputnik-Schock 255

- SRP 241f.
 Staat
 – als Anstalt 125, 138
 – als jurist. Person 12
 Staatsbankrott
 – der DDR 302, 343, 349
 – des Reichs 209, 212ff., 223ff.
 Staatsangehörigkeit 183, 280ff., 289ff., 299
 Staatsbürgerschaft der DDR 291f.
 Staatsgerichtshof (der WRV) 5, 59, 126ff.
 Staatskonkursordnung 209ff., 363
 Staatsleitung 4, 6, 11ff.
 – Begriff 11ff.
 – gewaltenüberlagernde 17
 – kondominiale Struktur 21
 – Regierungserklärung als Symbol 21
 – und demokratischer Prozeß 16f.
 – und Gemeinwohl 22
 – und Management 17
 – und Parteiendominanz 21
 – und rechtsprechende Gewalt 23ff.
 – und Regierungsbegriffe 13f., 17f.
 – und Strafgewalt 178f.
 – und Verfassungsrechtsprechung 7, 54ff., 103, 105, 166, 169
 Staatsorgane 120f.
 – materiell-typologisches Kriterium 124
 – mittelbare und unmittelbare 123f.
 – Volk als Staatsorgan 129
 Staatsraison 176, 194, 200, 244, 300
 Staatsrechtslehre 170, 190, 296
 Staatsrechtslehrervereinigung 195
 Staatssicherheitsdienst d. DDR 258
 Statusstreit 4, 114, 173
 Streitkulturpapier 263, 296
 Systemkriminalität 178f.
 Systemtheorie 64, 81

 Teilungsrealität 268
 Teso-Entscheidung (d. BVerfG) 291ff., 300, 353
 Transformation d. DDR-Wirtschaft 344
 Treuhandstelle für den Interzonenhandel 270

 Überleitungsvertrag 220, 222, 238ff.
 Übersiedlung 303
 Ungarnaufstand 253
 Untergangsthese 182, 191, 277

 Verfahrensgrundsätze 40ff., 202
 Verfassung
 – als „Gerechtigkeitsreserve“ 82, 142
 – als „politisches Recht“ 64ff.
 – als Integrationsordnung 66ff., 73, 104
 – als Konzentrat 83
 – als Prozess 66ff., 104
 – als Rahmenordnung 6, 66, 73, 104, 116, 160
 – als Verfassungsgesetz 68, 80
 – Entlastungsfunktion 73, 166
 – Geltungsanspruch 68
 – normative Kraft 104
 – Steuerungsfunktion 63
 – und Eigenstand des Gesetzes 82
 – und Normenhierarchie 63, 80ff.
 – und politischer Prozess 72ff., 78f.
 – und Verfassungswirklichkeit 115, 164
 – Verwirklichung 142, 166
 – Vorrang 82f., 86, 94, 97ff., 104, 161f.
 Verfassungsänderungen
 – beitriffsbedingte 306ff.
 – beitriffsbezogene 310
 – Bepackungsverbot 307
 Verfassungsbeschwerde
 – Grundrechtsschutzfunktion 92
 – Kontrollfunktion 92
 – Urteilsverfassungsbeschwerde 91f.
 Verfassungsdurchbrechung 161, 347
 Verfassungsgerichtsbarkeit s. Bundesverfassungsgericht
 Verfassungsgerichtspositivismus 114
 Verfassungsinterpretation
 – als authentische Interpretation 87ff., 93, 104, 165
 – als autoritative Interpretation 88
 – als Normkonkretisierung 73f., 93
 – Grundrechte als Wertordnung 101f., 290
 – Methoden(streit) 89, 101ff., 116
 – und jurist. Diskurs 102
 Verfassungskonforme Auslegung 272
 Verfassungskonkretisierung 76f.
 Verfassungsorgan 4f., 118ff.
 – als gesetzliche Zielprogrammierung 166
 – als Kompaktbegriff 165
 – als Tatbestandsmerkmal 138
 – Begriffsfunktion 138ff., 147, 165
 – Begriffstradition 123ff.
 – bei *E. Kaufmann* 127f.

- Bundesbank 153f.
- Bundesrechnungshof 151
- einfachgesetzliche Begriffskarriere 134, 165
- im Staatsschutzrecht 135ff.
- im weiteren Sinn 121
- normativer Eigenstand 165
- Parteien 145ff., 165
- und positives Verfassungsrecht 128ff.
- und Verfassungstext 122
- Unmittelbarkeitskriterium 125
- Wortsinn 119ff.
- Zweckrationalität 127, 165
- Verfassungswandel 75f., 159
- Vergangenheitsbewältigung 178, 180, 185, 323
 - durch Strafjustiz 178
 - ökonomische 224f., 363
- Vergangenheitspolitik 179, 184, 202f., 327, 342f.
- Vergesellschaftung (d. Haftung für das Reich) 225
- Vereinte Nationen 276
- Verkehrsabkommen 259
- Vermögenskontinuität 203ff.
- Vermögensnachfolge 183, 203ff.
- Vermögensübernahme 206, 209
- Vertriebene 184, 288, 308
- Vier-Mächte Abkommen 257, 259
- Vier-Mächte Status 246ff., 253
- Vier-Mächte Verantwortung 182, 288, 308
- Volkskammerwahl, erste freie 303
 - als Plebiszit für den Beitritt 304
- Vorwirkung (verfassungsgerichtl. Entscheidungen) 110, 166

- Währungsumstellung 216, 219ff., 247
- Wahl, erste gesamtdeutsche 305, 311ff.
- Wahlvertrag 311
 - als fauler Kompromiss 315
 - Huckepackverfahren 311f., 314f.
- PDS im Bundestag 314, 317ff.
- Selbstbegünstigung d. Westparteien 314
- Sperrklausel 311ff.
- Staatspolitik und Parteipolitik 314, 317
- Unterschriftenquoten 316ff.
- Urteil d. BVerfG 311ff.
- Zustimmungsgesetz d. Volkskammer 313
- Wirtschafts- und Währungsunion 154, 299, 304
- Waldenfels-Urteil (d. BVerfG) 208ff., 221, 223, 225, 236, 326, 349f.
- Wandel durch Annäherung 263
- Warschauer Vertrag 257f.
- Warteschleifenentscheidung (d. BVerfG) 326ff., 331f. (s.a. Abwicklung)
- Wehrbeitrag 173, 229f.
- Wehrmacht 193, 200
- Wertgedanke (aus Art. 14 GG) 214f.
- West-Berlin 249f., 252f.
- Westintegration 226ff., 246, 253
- Weststaat, deutscher 226, 232, 236, 238, 240, 244f., 248
- Wiederbewaffnung 187, 200
- Wiedervereinigung 153, 227, 242ff., 258, 262ff., 305, 310
- Wiedervereinigungsgebot d. Präambel 244ff., 278, 288, 291f., 306f., 309f., 353
- Willensbildungsprozess 139ff.
 - als Institution 145f.
- Wirklichkeitsbezug d. Rechts 79
- Wirtschaftsabkommen, deutsch-franz. 228ff.
- Wirtschaftswunder 153

- Zeitgeschichtsschreibung 169ff.
- Zehn-Punkte-Plan 303
- Zwei-Plus-Vier-Vertrag 304, 308
- Zwei-Staaten-Modell 278
- Zwei-Staaten-Theorie 182

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Brütz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Bröhmer, Jürgen*: Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106*.
- Brüning, Christoph*: Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Calliess, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Cremer, Wolfram*: Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104*.
- Darwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Dederer, Hans-Georg*: Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Dörr, Oliver*: Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Grigoleit, Klaus Joachim*: Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Grzeszick, Bernd*: Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92*.

- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hobmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holzengel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Hufeld, Ulrich*: Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102*.
- Huster, Stefan*: Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kabl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Kaufmann, Marcel*: Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91*.
- Kingreen, Thorsten*: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97*.
- Kischel, Uwe*: Die Begründung. 2002. *Band 94*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korloth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Mager, Ute*: Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99*.
- Mann, Thomas*: Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morloke, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Müller-Franken, Sebastian*: Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105*.

- Niedobitek, Matthias:* Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
- Oeter, Stefan:* Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
- Pache, Eckhard:* Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76.*
- Pauly, Walter:* Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
- Pielow, Johann-Christian:* Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*
- Poscher, Ralf:* Grundrecht als Abwehrrechte. 2003. *Band 98.*
- Publ, Thomas:* Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15.*
- Reinhardt, Michael:* Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24.*
- Remmert, Barbara:* Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95.*
- Rodi, Michael:* Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52.*
- Rossen, Helge:* Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39.*
- Rozek, Jochen:* Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31.*
- Ruffert, Matthias:* Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74.*
- Sacksofsky, Ute:* Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53.*
- Šarčević, Edin:* Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55.*
- Schlette, Volker:* Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51.*
- Schmidt-De Caluwe, Reimund:* Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38.*
- Schroeder, Werner:* Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86.*
- Schulte, Martin:* Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12.*
- Sobota, Katharina:* Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22.*
- Sodan, Helge:* Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20.*
- Sommermann, Karl-Peter:* Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25.*
- Stoll, Peter-Tobias:* Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101.*
- Storr, Stefan:* Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78.*
- Trute, Hans-Heinrich:* Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10.*
- Uerpmann, Robert:* Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47.*
- Unruh, Peter:* Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82.*
- Wall, Heinrich de:* Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46.*
- Wolff, Heinrich Amadeus:* Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44.*
- Volkmann, Uwe:* Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35.*
- Voßkuhle, Andreas:* Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41.*
- Weiß, Wolfgang:* Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88.*
- Ziekow, Jan:* Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21.*

